

INTERHELPO



Zeitung der FAU-Ortsgruppe Münster - Nr. 16, Mai 2003

Staatliche Zwangsarbeit - Dank DGB!

Leiharbeit muss in jeder Form bekämpft werden

Eine gemeinsame Tarifkommission der *DGB-Gewerkschaften* verhandelt mit dem *Bundesverband Zeitarbeit* (BZA) über einen Tarifvertrag für die so genannte Arbeitnehmerüberlassung einschließlich der **Personal-Service-Agenturen** (PSA) der Arbeitsämter. Damit sollen erstmals bundesweit flächendeckend einheitliche Bedingungen geschaffen werden. Seit dem 21. Februar 2003 liegt ein Entwurf mit so genannten Eckpunkten vor: „Damit wird aus unserer Sicht die Zeitarbeit endlich zu einem ganz normalen Wirtschaftszweig“, freut sich der Koordinator der DGB-Tarifgemeinschaft, Reinhard Dombre. Genau das sollte früher einmal auch aus Sicht der Gewerkschaftsführung verhindert werden. Spätestens mit der Beteiligung von *ver.di*- und *IG Metall*-VertreterInnen an der Hartz-Kommission für die Beratung „*moderner Dienstleistungen am Arbeitsmarkt*“ ist auch diese Verteidigungslinie gegen Lohn- und Sozialabbau von der Gewerkschaftsführung aufgegeben worden.

Erwerbslose und Beschäftigte sind betroffen

Die so genannten Reformvorschläge der Hartz-Kommission betreffen auf den ersten Blick die Arbeitslosen, doch die Wirkungen schlagen in die Betriebe durch. Gerade beim Thema „Leiharbeit“, gefördert durch die Personal Service-Agenturen, wird das deutlich. Stehen doch nun KollegInnen mit unterschiedlichen Bedingungen und Bezahlung nebeneinander am gleichen Arbeitsplatz. Dies kann zur Entsolidarisierung führen, aber auch gerade zum Gegenteil, nämlich einem Brückenschlag zwischen Arbeitslosen und Erwerbstätigen, der bisher so schwierig war. Es kommt entscheidend darauf an, was wir daraus machen. Wir dürfen uns nicht gegeneinander ausspielen lassen.

Die so genannten Hartz-Gesetze und was nach der „Agenda 2010“-Rede Schröders vom 14.3. noch alles folgen soll:

- Massive Erhöhung der **Anrechnung von (Familien)-Einkommen und -Vermögen** bei der Arbeitslosenhilfe mit der Folge, 356.000 - hauptsächlich verheiratete Frauen - ihren Anspruch verlieren und ohne staatliche Hilfen dastehen (Grundsatz: 200 Euro pro Lebensjahr sind bei der AlHi/ALG II zulässig).

- **Zusammenlegung der Arbeitslosen- und Sozialhilfe**: Ab dem 1.1.2004 bekommen arbeitsfähige Sozialhilferecipienten und Erwerbslose das neue **Arbeitslosengeld II** (ALG II) in Höhe des Sozialhilfe-Regelsatzes von 292 € monatlich; die arbeitsunfähigen Sozialhilfe-Bezieher und die nicht mehr vermittelbaren Erwerbslosen (über 48 Monate arbeitslos) werden aussortiert und bekommen das neue **Sozialgeld** in Höhe des durchschnittlichen Sozialhilfe-Ecksatzes (alle Zulagen werden inkl. der Miete pauschaliert) von bis zu 642 Euro bekommen.

- Einführung der **kommunalen Zwangsarbeit** für jugendliche Erwachsene unter 25 Jahren, wenn sie eine Arbeit ablehnen oder Fortbildungsmaßnahmen verweigern.

- Drastische Kürzungen bei **Ablehnung einer „zumutbaren“ Arbeit** um 30% als Strafe. Außerdem: Umkehr der Beweispflicht! Erwerbslose müssen begründen, warum für sie die Arbeit unzumutbar ist.

- Einführung staatlicher Zwangsarbeit über die neugeschaffenen **Personal-Service-Agenturen** (PSA) - der Arbeitsämter in Zusammenarbeit mit Sklavenarbeitsfirmen („Zeitarbeits“firmen) wie *Randstad*, der *„Hamburger Arbeit“* Beschäftigungsförderungs-gesellschaft (HAB) oder der *Arbeiterwohlfahrt* zu Stundenlöhnen von unter 6,85 €, da der DGB per Tarifvertrag bereits festgelegt hat, dass es Abschläge für Langzeitarbeitslose geben wird, die in eine PSA abkommandiert werden. Erwerbslose haben nämlich nach drei Monaten Arbeitslosigkeit angeblich „Vermittlungs-hemmnisse“ - nach zwei Jahren sind sie gar nicht mehr *ausbeutungsverwendungsfähig* (meint der Arbeitsamts-Chef Florian Gerster).

- Abschaffung des **Kündigungsschutzes** - speziell für über 50jährige KollegInnen.

- Der Anspruch auf **Krankengeld** soll künftig durch einen einseitig erhöhten Beitrag von bis zu 15 Euro monatlich für die Beschäftigten gesichert werden; das bedeutet eine Entlastung der Kapitalisten um 0,4 Prozent in der gesetzlichen Krankenversicherung. Außerdem kommen höhere Rezeptgebühren, Bußgeld fürs Arztwechseln, höhere Beteiligung bei Krankenhausaufenthalten und Heilbehandlungen.

Interhelpo - das klingt gewöhnungsbedürftig. Kann man das essen? Nein, das ist Esperanto und bedeutet „gegenseitige Hilfe“. Warum Esperanto? Esperanto ist eine internationale Sprache der ArbeiterInnenbewegung, die sich Anfang des Jahrhunderts entwickelte. Es soll sprachliche Verständigung ermöglichen, die nationale Grenzen überwindet - genau wie eine solche Bewegung diese Grenzen sprengen muß. Warum „gegenseitige Hilfe“? Gegenseitige Hilfe ist ein solidarischer Grundsatz, den wir als FAU verfolgen. Erstmals formuliert wurde er von Peter Kropotkin in seinem Buch „Gegenseitige Hilfe in der Tier- und Menschenwelt“, und stellt einen unverzichtbaren Teil anarchistischer Theorie und Praxis dar.

Auswirkungen auf Arbeitslose / LeiharbeiterInnen:

Es wird eine allgemeine Unsicherheit geschaffen: Jeder arbeitslose Mensch kann für eine PSA rekrutiert werden. Wer dies verweigert, kann aus dem Leistungsbezug gestrichen werden. In den Betrieben gelten Leiharbeiter als Beschäftigte zweiter Klasse und man läßt es sie spüren, nicht nur durch geringere Bezahlung. Noch mehr als Normalbeschäftigte müssen sie sich einsatzbereit und willig zeigen, jede Arbeit machen und möglichst nicht krank werden. Das bedeutet wiederum, dass sie von den KollegInnen als Außenseiter, Streber und potentielle Streikbrecher betrachtet werden. Dazu kommen erhöhte Anforderungen an Mobilität und berufliche Flexibilität.

Auswirkungen auf (noch) Normal-Beschäftigte:

Die Belegschaften werden erpresst, weil die Normalbeschäftigten leicht gegen befristete Arbeitskräfte ausgetauscht werden können. Das Betriebsklima verschlechtert sich, die Möglichkeiten und der Wille, sich gegen Zumutungen der Unternehmensleitung zu wehren, nehmen noch mehr ab. Auch in relativ kampfstarken Betrieben (z.B. Opel Bochum) wird nun über den Einsatz von Leiharbeit diskutiert, um Personalkosten zu senken und die Konkurrenzfähigkeit des Unternehmens angeblich zu verbessern. Dies führt zur Vernichtung von Festarbeitsplätzen und zur Verunsicherung der gesamten Belegschaft, ganz im Sinne des Unternehmens: Wer Leiharbeit einsetzt, hat nicht nur einzelne Arbeitsplätze, sondern die gesamten Arbeitsbeziehungen im Visier.

Wir machen nicht mit bei der ‚Modernisierung der Ausbeutung‘!

Wir lehnen die „Modernisierungs-Politik“ von Regierung und DGB-Gewerkschaften ab, weil wir nicht unsere eigene Ausbeutung verschärfen wollen. Wir latschen deshalb auch nicht mit auf den 1. Mai-Feiern des DGB und essen Fischbrötchen mit ihnen und der SPD-Clique um den Ex-Brechmittel-Innensenator Olaf Scholz. Warum? Weil die hochbezahlten DGB-Funktionäre Teil des kapitalistischen Systems sind; sie sind die Zuchtmeister in den Betrieben - sie sind eben nicht nur Arbeiter-Verräter, sondern sie setzen ihre ordnungspolitische Rolle in der *Deutschland AG* rabiat durch. Diese „Schill-Funktion“ zur Aufrechterhaltung der Ausbeutung und Profitmaximierung lassen sie sich in immer dreisteren Formen belohnen: Beteiligung an Beschäftigungsförderungs- und Qualifizierungsgesellschaften, Anteilseigner an PSA-Leiharbeitsfirmen wie in NRW, Aufsichtsrats- und Vorstandsposten bei der ‚HAB‘, die SozialhilfeempfängerInnen für 1 Euro Stundenlohn arbeiten lassen ... Es ist die Aufgabe des *Deutschen Gewerkschaftsbundes*, den sozialen Krieg gegen die eigene Klasse zu organisieren, einen Klassenkrieg, der gegen die arbeitende Bevölkerung geführt wird. Tagtäglich. Der millionenfache Arbeitsplatzabbau zur Erpressung der Regierung, um „Reformstaus“ zu beseitigen, „Beschäftigungshemmnisse“ abzubauen, indem immer mehr Menschen erwerbslos und dann auch noch aus dem Arbeitslosenhilfe-Bezug aussortiert werden. Als Entschuldigung kommt dann von Regierung und DGB die Leierkastenmelodie der veränderten globalen Wirtschaft, die von uns allen Opfer verlangt, damit der Standort Deutschland nicht gefährdet wird.

Organisieren wir uns in den PSA gegen Zwangsarbeit und Niedriglöhne!!

***Infoveranstaltung zu den Hartz-Gesetzen und ihren Folgen:
Am 10.05.2003, 20.00 Uhr im Spookeys, Marienplatz!***

Nicht jammern – organisieren!

Unabhängige Gewerkschaft Gastronomie (UGG) in Münster

Wer wir sind

Die UGG ist der Versuch von ein paar Leuten, die genug von ihren schlechten -Arbeitsbedingungen in der Gastronomie (schlechter Lohn für harte Arbeit, Hiring and Firing, arbeitsrechtliche Mindeststandards wie Lohnfortzahlung im Krankheitsfall, Bezahlung von Überstunden, Nacht- und Feiertagszuschläge sowie sämtliche Sonderzahlungen werden nicht eingehalten, zunehmende Prekarisierung durch 400,- Euro-Jobs = Lohndumping und Verdrängung gelernter Kräfte vom Arbeitsmarkt, zum Teil unmenschliche Arbeitsbedingungen für MigrantInnen, gewerkschaftsfeindliche Betriebspolitik, Diskriminierung von Frauen...) hatten, eine selbstorganisierte Gewerkschaft als Alternative zum bürokratischen Koloss DGB aufzubauen.



Warum selbstorganisiert?

Die UGG soll ein Zusammenschluß all derer sein, die direkt in der Gastronomie lohnabhängig sind. Wir sind der Überzeugung, dass nur wir selbst darüber entscheiden können, wofür wir kämpfen möchten! Daher soll unsere Gewerkschaft basisdemokratisch organisiert sein, keine bürokratischen Funktionärshierarchien haben und, im Gegensatz zum DGB, unabhängig von sämtlichen politischen oder sozialen Einrichtungen sein, die nicht direkt die Interessen der ArbeiterInnen vertreten.

Nicht jammern – organisieren!

Alle, die wie wir genug von den miesen Arbeitsbedingungen in der Gastronomie haben, sind willkommen, mit uns eine unabhängige, kämpferische und selbstorganisierte Gewerkschaft aufzubauen. ***Wir treffen uns jeden Sonntag um 21.00 Uhr im Versetzt (Greverner Str. 53).***

Wer das GATS verhindern will, muss die EU bekämpfen!

GATS was anderes

Das GATS – Allgemeines Abkommen über Dienstleistungen – stellt zur Zeit so etwas wie das Hauptangriffsziel der Antiglobalisierungsbewegung dar. Kampagnen wie „Education not for sale!“ (Bildung ist keine Ware) oder „Gesundheit ist keine Ware!“ greifen einzelne „Dienstleistungen“ bzw. das, was das GATS als solche definiert, heraus und wehren sich gegen die zunehmende global-kapitalistische Marktwirtschaftlichkeit, die durch das GATS in diesen Sektoren droht.

Alles andere als zu Unrecht, denn die Verhandlungen zum GATS befinden sich gerade in einer heißen Phase. Am 30. März diesen Jahres haben die Mitgliedsstaaten der WTO (Welthandelsorganisation) derselben kundgetan, in welchen Bereichen sie bereit sind, die Privatisierungen weiterzutreiben.

Das GATS ist einer von vielen Einzelverträgen innerhalb der seit 1995 bestehenden WTO. Weitere sind das erneuerte GATT (Zollabkommen), TRIMS (Investitionsabkommen) und TRIPS (Abkommen über „geistiges Eigentum“). Die einzelnen Verträge innerhalb der WTO sind keine starren Vertragswerke, sondern sie werden permanent auf den WTO-Ministerialkonferenzen (Seattle, Katar) weiterverhandelt: Die Mitgliedsstaaten der WTO machen nach einem mit Gründung der WTO vorgegebenen (jedoch keineswegs starrem) Zeitplan Zugeständnisse im Sinne der globalen Verträge. Welche Zugeständnisse sie machen, liegt in ihrem eigenen Ermessen.

Die berechtigte Kritik am GATS schießt oftmals über das Ziel hinaus, wenn es von seinen KritikerInnen z. B. mit einem neuen MAI (Multilaterales Investitionsabkommen) verglichen wird. Das MAI wurde von 1995 – 1998 von den 29 reichsten Staaten der Welt, der OECD, verhandelt (damit es nicht von den „schwächeren“ Staaten innerhalb der WTO „verwässert“ werden könne), die Verhandlungen wurden jedoch ergebnislos abgebrochen. Das MAI war, im Vergleich zum GATS, sehr viel weitgehender, was die Abgabe von Rechten an Investoren betraf, was seine Wirkungsbreite und was seine Verbindlichkeiten für die einzelnen Staaten betroffen hätte. Inhaltliches Vorbild des MAI war der nordamerikanische Freihandelsvertrag NAFTA zwischen der USA, Kanada und Mexiko, der wohl restriktivste bestehende Freihandelsvertrag, der nun inhaltlich durch die amerikanische Freihandelszone FTAA den gesamten amerikanischen Kontinent umschliessen soll.

Die Regelungen des MAI oder des NAFTA lassen das GATS nahezu harmlos erscheinen: Nicht einmal für die WTO „normale“ Regelungen werden im GATS konsequent angewandt, dies gilt z.B. für die Meistbegünstigungsklausel der WTO, die besagt, dass ein Vorteil, der einem Investor oder Konzern zugebilligt wird, auch für alle anderen Investoren oder Konzerne

gelten muss. Während beim MAI z.B. Ausnahmen von den teilnehmenden Staaten beantragt werden mussten, machen die WTO-Staaten hier konkrete Zusagen in bestimmten Handelssektoren. Das GATS muss damit keineswegs zwangsläufig die Privatisierung der Bildung, des Gesundheitssystems oder der Wasserversorgung bedeuten.

Andersrum wird ein Schuh draus!

Tut es aber de facto dennoch, wie die Realität zeigt. Global werden diese Privatisierungsdiskussionen geführt und GATS-taugliche Maßnahmen werden eingeführt, in den Staaten des Trikonts wie auch hier. In der Diskussion über die Privatisierung der Stadtwerke in Münster z.B. wurde von den regierenden Ratsparteien stets darauf hingewiesen, dass man den Gesetzen der EU folge. Das Argument stellte sich als eines für einen vorausseilenden Gehorsam heraus. Mit dem GATS ist es ähnlich: Die Regierungen einzelner Staaten handeln nicht GATS-konform, weil sie durch das GATS oder die WTO dazu gezwungen werden, sondern weil sie sich dadurch ökonomische Vorteile versprechen – oder sie werden dazu gezwungen.

Es ist in erster Linie die EU, die aus dem GATS das macht, was es real heute darstellt. Die EU hat 109 Papiere geschrieben, in denen sie restriktivste Forderungen an 109 Staaten des Trikonts stellt, was ihrer Vorstellung nach an Dienstleistungsmärkten geöffnet werden müsse. Diese Forderungen betreffen insbesondere Finanzdienstleistungen. Natürlich rührt die EU ihr eigenes Süppchen an und versucht ihren neuen Imperialismus mit den Instrumenten GATS und WTO durchzusetzen. Selber hat die EU bisher relativ wenige Dienstleistungsbereiche im Rahmen des GATS geöffnet. Die erheblichen Einschnitte im sozialen Bereich, die von der EU und den einzelnen Regierungen ihrer Mitgliedsstaaten durchgeführt werden, sind in der EU gesetzlich manifestiert. Z.B. ist die zunehmende Privatisierung des Bildungsbereichs, die Diskussion um die Einführung von Studiengebühren etc. nicht etwa dem GATS geschuldet, sondern der EU. Und diese führt solche Diskussionen auf der globalen Ebene erst ein und macht damit aus der WTO das Instrument, das sie ist.

Wer sich nach Seattle oder Genua begibt, um gegen die G8 oder die WTO zu protestieren, sollte sich deutlich machen, dass er/sie nicht gegen ein abstraktes Gebilde des Kapitalismus protestiert, sondern gegen die Politik der eigenen Regierungen, gerade der EU und der USA als dominierender Mächte, für die die WTO das Instrument ist, die sogenannten Entwicklungsländer und die eigenen Bevölkerungen kapitalistisch weiter auszubeuten. Dieses Angriffsziel verschwindet nicht, wenn diese oder jene Konferenz vorbei ist: Hartz-Gesetze, Schröders 2010-Rede, die Ideen der Rürup-Kommission und vieles andere zeigen uns deutlich, dass „unsere“ Regierungen auch ohne ein GATS genauso handeln würden: Die sogenannten „Sachzwänge“, die uns die Regierungen so gerne um die Ohren hauen, sind hausgemacht und Wille der Regierungen. Wer das GATS kritisiert, muss die EU angreifen, muss die Regierungen angreifen und muss die BRD angreifen, anstatt darauf zu hoffen, dass genau diese die Kräfte wären, die ein GATS verhindern würden. Niemand beißt die Hand, die ihn füttert – besonders nicht, wenn es die eigene ist.

Jeden 1. Dienstag 20 Uhr im Versetzt, Grevener Str. 53

Café Libertaire. Offenes Treffen der FAU

Freie ArbeiterInnen Union, Infoladen Bankrott, Dahlweg 64, 48153
Münster. E-Mail: faums@fau.org. Netz:
<http://fau.org/bsy/muenster>.

Unabhängige Gewerkschaft Gastronomie

Alle die in der Gastronomie beschäftigt sind können sich gerne mit uns in Verbindung setzen. Wir arbeiten auf die Gründung eines Gastronomie-Syndikats hin. Ihr könnt uns über die Postanschrift der FAU-MS oder per E-Mail: faums5@fau.org erreichen.



Es ist wieder Frieden!!!

Es fallen keine Bomben mehr auf Bagdad, es wird wiederaufgebaut, die UNO darf wieder eine verantwortungsvolle Aufgabe übernehmen und

Deutschland und die USA sind sich sicher auch bald wieder einig, man hat ja eigentlich die gleichen Interessen, die gleichen zivilisatorischen Werte und verdankt sich so viel. Jetzt kann man sich wieder gemeinsam der Aufgabe widmen, den Frieden in der ganzen Welt zu verbreiten. Jeder Mensch und alle Lebensbereiche sollen von ihm erfasst werden, und ein großer Teil der Welt ist ja schon heute fest in seiner Hand. Es ist der Friede, den nur demokratische Staaten und freie Märkte hervorbringen können, und die Voraussetzung dafür ist, dass Schritt für Schritt die ganze Welt von Wohlstand erfasst wird. Hunderte von Millionen neuer Arbeitsplätze entstehen in den Weltmarktfabriken der Entwicklungsländer und eröffnen den armen Menschen dort endlich die Möglichkeit, an unserem Reichtum zu partizipieren.

Wenn wir uns die Welt mal anschauen, sehen wir: Milliarden Arme hungern oder rackern sich für Hungerlöhne auf den Feldern und in den Fabriken ab. Die Löhne sind niedrig, die Erträge der landwirtschaftlichen Produkte auf dem Weltmarkt sind gering, mühsam Ersparnes wird von Inflation oder dem Zusammenbruch der nationalen Finanzsysteme aufgefressen. Ein schmerzhafter, aber notwendiger Modernisierungsprozess, behaupten Institutionen wie die Weltbank. Aber nur die Öffnung für den freien und gerechten Weltmarkt bietet einen Ausweg aus der Misere.

Wenn wir uns die Welt mal genauer anschauen sehen wir: Eine Minderheit hier und in jedem Land der Welt wird unendlich reich und immer reicher. Die Armen müssen hungern oder unter menschenunwürdigen Zuständen schufteten, nicht, weil es keine andere Möglichkeit gäbe, ihren Lebensunterhalt zu sichern, sondern weil ihnen ihr Anteil an den Reichtümern ihres Landes systematisch vorenthalten wird. Im Laufe der Jahrhunderte passierte überall auf der Welt dasselbe: Den Kleinbauern wurde ihr privates und gemeinschaftlich genutztes Land und damit ihre Subsistenzgrundlage Stück für Stück weggenommen, die Rohstoffe des Landes wurden – in den meisten Ländern von Unternehmen, die im Gefolge der Kolonialisierung ins Land

kamen – geplündert, die Umwelt zerstört, im Zuge dessen werden die Familienstrukturen und traditionellen Solidaritätsnetze zerschlagen. Heute beobachten wir ähnliches in vielen Schwellenländern: die Ermordung von Gewerkschaftern und Oppositionellen, von den Reichen bezahlte Paramilitärs und staatliche Armeen, die Proteste gegen die Zerstörung und Enteignung des Landes überrollen, neue Fabriken, Pipelines, Waffen, Ressourcen wie Wasser und biologische Vielfalt werden verhöckert.

Das ist der Frieden, der den armen Menschen der Welt angeboten wird: Er wird zum Krieg gegen sie, sobald sie ihre Würde und ihre Lebensgrundlage verteidigen gegen die Gewalt der globalisierten Wirtschaft. Dieser Frieden bedient sich Diktatoren, Terroristen und Waffen. Das gemeinsame Interesse der globalisierenden Regierungen und der globalen Konzerne ist nicht die Verbreitung von Wohlstand und Frieden in der Welt, sondern den kapitalistischen Goldesel am Kacken zu halten, von dem ihr Überleben abhängt. Im Einzelfall ist unser Leben dabei völlig gleichgültig. Der Goldesel wird immer fetter und braucht immer mehr Futter. Das sollen wir herschaffen. Das Gold was er kackt bekommen wir aber nicht. Das behalten die Kapitalisten für sich, um in der Zukunft noch viel mehr Futter von noch weiter her schaffen zu können, und zwar schneller und billiger als die anderen. Wer nicht in die Zukunft investiert, kann nämlich leicht auf der Strecke bleiben.

Diese Entwicklung ist kein Naturgesetz, und auch nicht dem Bösen im Menschen geschuldet. Sie liegt schlicht in der Dynamik der kapitalistischen Wirtschaftsweise, die zunehmend entfesselt – globalisiert und auf alle Lebensbereiche und Bedürfnisse ausgedehnt wird, mit all ihren zerstörerischen Folgen. Ihr ernsthafte Alternativen entgegen zu stellen, fällt KEINER Regierung ein, statt dessen versuchen alle Regierungen, „ihre“ Konzerne bei den weltweiten gewaltsamen Kämpfen um Wirtschaftsmacht zu unterstützen, und unter dessen mit anderen Regierungen zusammen, die Regeln für diese Kämpfe festzulegen, an die sich letztlich sowieso niemand hält. Die Rolle der Armen ist im Krieg wie im kapitalistischen „Frieden“ die des Kanonenfutters. Entscheidend ist was anderes und Humanität ist zwar fürs Image gut, aber im Zweifelsfall verzichtbarer Luxus. In diesem Bewusstsein muss die Suche nach Alternativen wieder mal neu beginnen.

Veranstaltungsreihe zum 1. Mai von Projekt Backbord, FAU und UGG:

- **26. April, 20 Uhr: Abend des politischen Liedguts** ...mit Theorie- und Praxisteil... Versetzt, Grevener Str. 53
- **30. April, 19 Uhr: Like Father** [engl. OmU] In Zusammenarbeit zeigen FAU und Die Linse zum „ArbeiterInnenkampftag“ die Geschichte von drei Generationen einer Bergarbeiterfamilie im ehemaligen Kohlrevier im Nordosten Englands. Cinema, Warendorfer Str., Eintritt 3 Euro
- Infos zum Film: <http://www.cinema-muenster.de/> und http://www.amber-online.com/html/like_father_filmography.html
- **01. Mai, 10.00 Uhr, DGB-Haus:** FAU, UGG und Projekt Backbord rufen auf zum schwarz-roten Block auf der Demonstration des DGB zum ArbeiterInnenkampftag!
- **06. Mai, 18 Uhr: Herkunft und Herrschaft der Eliten.** Vortrag und Diskussion mit dem Elitenforscher Michael Hartmann. Mit Unterstützung des AStA der Uni Münster, Versetzt, Grevener Str. 53
- **10. Mai, 20 Uhr: Was bringt die Arbeitsmarktreform à la Hartz?** Spookeys, Marienplatz.